

---

---

# Die „Soziale Marktwirtschaft“ unter Globalisierungsbedingungen – eine kritische Bestandsaufnahme\*

Arne Heise

---

---

## 1. Einleitung: Soziale Marktwirtschaft – wissenschaftliches Ordnungskonzept oder politisches PR-Konzept?

Nur wenige Nationalökonomien sind mit eindeutigen begrifflichen Zuschreibungen versehen. Die bundesdeutsche Volkswirtschaft aber ist weltweit als „Soziale Marktwirtschaft“ bekannt und gemeinhin wird diese Wirtschaftsordnung als Grundstein des wirtschaftlichen Erfolges der Bundesrepublik – in den 1960er-Jahren als „Wirtschaftswunder“ mystifiziert, später immer mal wieder in entsprechend „guten“ Zeit als „neues Wirtschaftswunder“ beschrieben – angesehen.<sup>1</sup> Abgesehen davon, dass die „Wirtschaftswunderjahre“ vor dem Hintergrund des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg als ziemlich normale Rekonstruktions- bzw. „*catching-up*“-Entwicklung längst relativiert wurden,<sup>2</sup> lässt sich tatsächlich ernsthaft diskutieren, ob eine bestimmte Wirtschaftsverfassung die Bundesrepublik zu einem „Modell“ gemacht hat, das als hoch produktiv, international extrem wettbewerbsfähig („Exportweltmeister Deutschland“) und auch sehr widerstandsfähig – offenbar hat Deutschland die beiden „Schocks“ der deutschen Einigung<sup>3</sup> und der jüngsten Weltfinanzkrise wesentlich besser verarbeitet als die meisten anderen hoch entwickelten Länder den alleinigen „Schock“ der Weltfinanzkrise – angesehen werden kann. Es gilt im Folgenden, die institutionellen Bestandteile dieses „Modells Deutschland“ zusammenzutragen und danach zu fragen, ob sie tatsächlich wissenschaftlich in einem Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ verankert werden können. Es gilt aber auch zu untersuchen, ob einerseits dieses „Modell Deutschland“ auch unter den sogenannten „Globalisierungsbedingungen“ noch zukunftsfähig ist und schließlich auch potenzielle (negative) Nebeneffekte aufzuzeigen.

Die „Soziale Marktwirtschaft“<sup>4</sup> geht historisch unbestreitbar auf Vorstellungen des deutschen Ordoliberalismus von Walter Eucken, Franz Böhm, Alfred Müller-Armack u. a. zurück,<sup>5</sup> der mit dem (Neo-)Liberalismus das Vertrauen in die allokative Effizienz dezentraler Marktkoordinierung teilt,

gleichzeitig aber – und hier in scheinbar deutlicher Abgrenzung zum (Neo-) Liberalismus – eine soziale Einbettung anstrebt, die als „soziale Balance“ unstreitig redistributive Eingriffe des Staates als Intention (und eben nicht nur unintentionales Ergebnis des neoliberalen Naturrechts) rechtfertigt. Vor dem kulturellen Hintergrund einer der christlichen Soziallehre entspringenden „Solidarisierung“ einer ansonsten überbordend individuellen Marktgesellschaft und vor dem sozioökonomischen Hintergrund der „Krise des Kapitalismus“ nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und des Nazi-Regimes in Deutschland, war die „Soziale Marktwirtschaft“ als Mittelweg zwischen dem scheinbar desavouierten Kapitalismus und dem zumindest von den gesellschaftlichen Eliten (und natürlich auch den westlichen Besatzungsmächten Deutschlands) nicht gewünschten Kommunismus vorgesehen. Oder anders: die kapitalistische Ordnung ließ sich in Westdeutschland demokratisch nur verankern, wenn sie anders benannt und einen deutlich sozialen Bezug aufweisen würde.<sup>6</sup> Die „Soziale Marktwirtschaft“ ist damit zunächst einmal ein politischer Kampfbegriff<sup>7</sup> – heute würde man sagen: ein PR-Konzept –, dem die Sozialdemokraten lange Zeit ihren „demokratischen Sozialismus“ und die Gewerkschaften ihr „gemeinwirtschaftliches Konzept“ entgegenstellten. Erst in den 1960er-Jahren, als es gelungen war, die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte der jungen Bundesrepublik konnotativ mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ zu verknüpfen,<sup>8</sup> bekannten sich auch die Sozialdemokraten und Gewerkschaften zu dieser Gesellschaftsordnung.

Ein politisches Konzept, das entsprechend nach politischer Rationalität (Wählerstimmenmaximierung) funktionieren muss, muss nicht unbedingt eine kohärente ökonomische Basis haben. Deshalb bleibt zu fragen, ob der Ordoliberalismus, der sich ja unbedingt als (polit-)ökonomische Schule versteht, eine derartige Basis liefern kann und ob eine solche Basis tatsächlich der bundesdeutschen „Sozialen Marktwirtschaft“ als Blaupause diene. Hauptmerkmal der ordoliberalen Wirtschaftslehre ist die zentrale Stellung eines in dem Sinne „starken Staates“, dass es einen von der Gesellschaft getrennten, von Einzelinteressen unabhängigen Akteur geben muss,<sup>9</sup> der den ökonomischen Marktakteuren einen Handlungsrahmen – *Ordo* – vorgeben kann, der die zentralen Elemente liberaler Wirtschaftslehre – eine Eigentums-, Vertrags- und Wettbewerbsordnung – umfasst. Die Eigentums- und Vertragsordnung weist klare Handlungsrechte und Verantwortlichkeiten zu, die für eine effiziente Koordinierung (im Sinne der kooperativen Spieltheorie) notwendig sind und die Marktergebnisse im liberalen Sinne legitimieren. Die Wettbewerbsordnung stellt sicher, dass kein Marktakteur ökonomische Macht ausüben kann und legitimiert die Marktergebnisse ökonomisch. Vor dem Erfahrungshintergrund der Weltwirtschaftskrise war es dann aber insbesondere für Alfred Müller-Armack klar, dass eine soziale Ordnung hinzutreten muss, die zumindest temporär

mögliche, unerwünschte Marktergebnisse wie Arbeitslosigkeit oder krankheits- oder altersbedingte Einkommenslosigkeit korrigieren oder kollektiv abzusichern hat – Ulrich Witt (2002) nennt dies das „soziale Ethos“ des Ordoliberalismus. Diese Zusammenführung aus ökonomischer Effizienz und sozialer Balance wird von Müller-Armack auch „irenische Formel“ genannt und dürfte der Knackpunkt im Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ sein: Einerseits ist klar, dass eine Konformität zwischen „sozialer und ökonomischer Ordnung“ in der Weise bestehen muss, dass sozialpolitische Maßnahmen nicht die Zielsetzung der wirtschaftlichen Ordnung nach allokativer Effizienz unterlaufen dürfen – man spricht auch von der Einsicht in die „Interdependenz der Ordnungen“. Andererseits ist völlig unklar, welche sozialen Maßnahmen und in welchem Ausmaß die Gewährung „sozialer Güter“ unter „sozialer Balance“ genau zu verstehen sind.<sup>10</sup> Und es verwundert deshalb auch nicht, dass hier die ordoliberalen Urväter Eucken und Müller-Armack die gleichen Trennlinien aufweisen wie man sie zwischen ordo- und neoliberalen Theoretikern findet: Einerseits wäre es konsequent, den sozialen Ordnungsrahmen im Sinne Röpkes neben einer minimalen Grundsicherung auf die Gewährleistung wettbewerblicher Strukturen eines ansonsten privaten Versicherungsmarktes zu beschränken, der allerdings den bekannten Probleme von Versicherungsmärkten – adverse Selektion und moralisches Risiko – z. B. durch Kontrahierungszwang und umfassende Haftungsregeln begegnet. Da eine derartige Bereitstellung sozialer Güter (wie z. B. Arbeitslosen-, Kranken-, Alters- oder Unfallversicherung) die Äquivalenz von Beitragszahlung und Leistung so weit wie (durch Nutzung vorhandener Informationen) möglich aufrechterhält, verbleibt das Umverteilungsausmaß minimal – was kaum mit Müller-Armacks „sozialem Ethos“ konform geht. Andererseits könnte der „soziale Ordnungsrahmen“ im Sinne der modernen Sozialkontrakttheorie<sup>11</sup> auch als jenes kollektive Sozialsystem verstanden werden, das von allen Gesellschaftsmitgliedern als „gerecht“ akzeptiert wird. Damit aber die „soziale Balance“ hier eine allgemein akzeptierte Umverteilung enthält, müsste von der unrealistischen Annahme eines „Schleiers der Unwissenheit“ ausgegangen werden – es müsste also unterstellt werden, dass die künftige Position als Nettozahler oder –bezieher im Moment der Entscheidung unbekannt und mithin von der sozialen Struktur der Gesellschaft gänzlich unabhängig wäre. Da unsere modernen Gesellschaften aber nicht so offen und sozial mobil sind,<sup>12</sup> muss der Allgemeingültigkeits- und –akzeptanzgrundsatz, wie von den neoliberalen Robert Nozick und Friedrich August von Hayek dargelegt,<sup>13</sup> wiederum auf eine Minimalausstattung hinauslaufen,<sup>14</sup> die weder Rawls’ Gerechtigkeitsanspruch noch Müller-Armacks „sozialem Ethos“ entspräche.

Es lässt sich also wohl sagen, dass sich eine spezifische soziale Konzeption, die über den neoliberalen Minimalstaat hinausgeht und die Kon-

notation der ordoliberalen Marktwirtschaft als „sozial“ begründen könnte, nicht konsistent aus den Grundüberzeugungen des Ordoliberalismus ableiten lässt.<sup>15</sup> Die „Soziale Marktwirtschaft“ ist deshalb auch kein Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sondern, wie Joachim Zweynert (2008: 336) schreibt, ein „Kompromiss zwischen einer modernen Wirtschaftsordnung und den mentalen Einstellungen weiter Teile der Bevölkerung, ...“. Oder eben eine Orwell'sche Sprachschöpfung, die eine von den Eliten favorisierte Wirtschaftsordnung mit den realpolitischen Zwängen der deutschen Nachkriegsdemokratie zu versöhnen suchte. Damit wird sie aber zumindest temporär zur Einfallstür für gesellschaftliche Entwicklungen – Mitbestimmung und Tarifautonomie beispielsweise –, die im kompletten Gegensatz zu liberalen Vorstellungen stehen und seither Ziel der Angriffe neoliberaler Denkfabriken (wie z. B. der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ oder des „Frankfurter Kreises“) – gerade auch unter dem Signum einer „neuen sozialen Marktwirtschaft“ sind.

## 2. Das „Modell Deutschland“ als Beispiel einer koordinierten Marktwirtschaft

Im Zuge der jüngeren „Varieties of Capitalism“-Forschung wurde der Versuch unternommen, institutionelle Strukturen zu „Modellen“ zusammenzufassen, aus denen mittels empirischem Vergleich komparative ökonomische Vorteile abgeleitet werden können.<sup>16</sup> Dies hat einerseits die große Annehmlichkeit, aus der institutionenökonomischen Verknüpfung von Strukturen und Ergebnissen auf Anreizwirkungen und Komplementaritäten zu stoßen, die aus rein tauschwirtschaftlicher Perspektiven verborgen bleiben. Andererseits bedarf es keiner normativen Vorgaben eines wie auch immer bezeichneten Wirtschaftsmodells, sondern es kann ganz auf die tatsächlich vorgefundenen Institutionen und Regulierungen abgestellt werden, deren realpolitischen und sozioökonomischen Hintergründe zweitrangig sind. Das „Modell Deutschland“<sup>17</sup> – manchmal als „Soziale Marktwirtschaft“, manchmal als „koordinierte Marktwirtschaft“ oder auch als „rheinischer Kapitalismus“ bezeichnet – ist dabei eines der bestanalytisierten Beispiele für „institutionelle Komplementaritäten“, die eine „Stakeholder“-Ökonomie ausmachen, die explizit nicht nur auf marktliche Koordination setzt – diese Form des Kapitalismus wird dabei in bipolarer Gegenüberstellung mit dem anglo-amerikanischen „Shareholder“- oder liberalen Kapitalismus konfrontiert.

Das sehr dichte Institutionen- und Regulierungsgeflecht des „Modells Deutschland“ lässt sich etwa so zusammenfassen:

- Die industriellen und kollektivvertraglichen Beziehungen zeichnen sich durch starke verpflichtungsfähige Dachorganisationen – die

Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften – aus, die durch hohe Kooperationsbereitschaft als „umfassende Organisationen“ in dem Sinne verstanden werden können, dass sie in der Lage sind, negative externe Effekte ihres Handelns (z. B. bei der Lohnbestimmung) zu internalisieren.<sup>18</sup>

- Ein hoher Grad an verrechtlichten Partizipationsregeln – die betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung – schafft die Grundlage für weitgehend konfliktfreie Kapital-Arbeit-Beziehungen.
- Ein gut ausgestattetes, abgabenfinanziertes Sozialsystem – das sogenannte Bismarck-System – schafft eine klar definierte Anspruchsberechtigungs-Grundlage.
- Ein hoher Grad an verrechtlichten Arbeitsmarktregulierungen (z. B. Kündigungsschutzvorschriften) schafft ein hohes Maß an Sicherheit gegen unternehmerische Willkür.
- Die im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 verankerte Bereitschaft zur konjunkturpolitischen Intervention erhöht die realwirtschaftliche Stabilität.
- Die unangefochten autonome Stellung der Notenbank – einstmals der Deutschen Bundesbank, heute der Europäischen Zentralbank – und eine historisch bedingte kulturelle Verankerung von Inflationsaversion schaffen einen einmaligen makroökonomischen Rahmen für Preisstabilität.

Die sich daraus ergebenden Komplementaritäten, die die Grundlage für eine langfristige Ausrichtung unternehmerischen Handelns (als dem Nukleus gesamtwirtschaftlicher Performanz) bilden, lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Verrechtlichte Arbeitsbeziehungen und Arbeitsmarktregulierungen führen zu relativ hoher Verweildauer von Arbeitnehmern im Unternehmen und erhöhen die Bereitschaft zu betriebsspezifischer Humankapitalbildung. In Verbindung mit einer durch die starken Verbände geschaffenen geringen qualifikatorischen Lohnspreizung führt dies zu hoher betrieblicher Aus- und Weiterbildungsaktivität, hoher interner Flexibilität und einem hohen Maß an Identifikation und Vertrauen.
- Das Bismarck-Sozialsystem, das einer Versicherung von Lebensrisiken statt einer Alimentation von Notlagen entspricht, belastet die Arbeitskosten und ist deshalb – insbesondere in der Konkurrenz zu steuerfinanzierten „Beveridge-Systemen“ – nur nachhaltig, wenn eine makroökonomische Verstetigung der Wirtschaftsentwicklung über den Konjunkturzyklus hinweg für geringe Inanspruchnahme sorgt.
- Schließlich ermöglicht die institutionell abgesicherte Zentralbankunabhängigkeit eine Glaubwürdigkeit von Preisstabilitätsorientierung, die zusammen mit den kooperationsfähigen Verbänden nicht nur eine bestimmte Form der Kooperation von Geld- und Lohnpolitik – die

sogenannte „Stackelberg-Führerschaft“ – ermöglicht, sondern damit auch eine Lohnstückkostenentwicklung begünstigt, die dem „deutschen Merkantilismus“ zugrundeliegt.

Weitgehend unbestritten sind einige der sich für das „Modell Deutschland“ aus seiner spezifischen institutionellen – häufig als korporatistisch bezeichneten – Einbettung marktlicher Organisation ergebenden Resultate: eine gleichermaßen am hohen Weltmarktanteil wie an Leistungsbilanzüberschüssen festzumachende hohe Wettbewerbsfähigkeit einer hochproduktiven, inkremental innovativen Ökonomie, die darüber hinaus ein hohes Maß an sozialer Sicherung und Einkommensgleichheit ermöglicht. In diesem Sinne erscheint also auch die Zuschreibung „sozial“ für die spezifisch deutsche Form der Marktwirtschaft gerechtfertigt.

Umstrittener sind die komparativen Performanzzuschreibungen des „Modells Deutschland“ hinsichtlich der Beschäftigungs- bzw. Arbeitslosigkeitsentwicklung: Lag die Arbeitslosenquote bis Ende der 1980er-Jahre beständig unter dem europäischen Durchschnitt, so hat sich die Arbeitsmarktperformanz nach dem „Schock“ der deutsche Einigung eindeutig unterdurchschnittlich entwickelt – bis zum Ausbruch der Weltfinanzkrise 2008 fiel nicht nur die Arbeitslosenquote überdurchschnittlich hoch aus, auch die Erwerbsquote (insbesondere von Frauen) lag unter dem europäischen Durchschnitt. Und auch die Fähigkeit, sich den Herausforderungen der Globalisierung der Märkte zu stellen, wird gelegentlich bestritten – auf Michel Albert (1991) geht das scheinbare Paradox zurück, dass das „Modell Deutschland“ zwar ökonomisch dem liberalen Modell angelsächsischem Typus überlegen ist, es sich aber dennoch unter dem Druck internationaler Finanzmärkte dem liberalen Modell anpassen muss.

### **3. Institutionelle Stabilität und Wandel im Globalisierungsprozess – wie zukunftsfähig ist die „Soziale Marktwirtschaft“?**

Trotz eines mittlerweile drei Jahrzehnte anhaltenden, gleichwohl moderaten Rückbaus des Sozialsystems unter der Maßgabe der „Interdependenz der Ordnungen“ und trotz fortwährender rhetorischer Angriffe der Arbeitgeberverbände auf wesentliche Grundpfeiler der „Sozialen Marktwirtschaft“ – insbesondere die Mitbestimmungsregeln und die Tarifautonomie – muss man vor allem deshalb einigermaßen erstaunt konstatieren, dass das „Modell Deutschland“ eine recht hohe Stabilität seines Institutionensystems aufwies, weil über die längsten Phasen der letzten dreißig Jahre konservativ-liberale Regierungen in Deutschland im Amt waren, die gemeinhin als Vertreter der Kritiker anzusehen sind.<sup>19</sup> Tatsächlich ist der Einstieg in den Umbau des „Modells Deutschland“ mit der Hartz-Gesetz-

gebung, die nicht nur die soziale Absicherung der Arbeitslosen deutlich reduzierte und durch Subvention von geringfügigen, zumeist prekären Arbeitsverhältnisse und der Ausweitung von Zeit- und Leiharbeit die Arbeitsmärkte stark flexibilisiert hat, sondern den Einstieg von einem symmetrischen Versicherungs- in ein paternalistisches Versorgungssystem bedeutet, erst in der sozialdemokratischen Kanzlerschaft von Gerhard Schröder gelungen – übrigens begleitet von massivem Medienspektakel einer von den Arbeitgeberverbänden unterstützten „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“!

Grundlage für den Einstieg in den Ausstieg aus dem „Modell Deutschland“ war die spätestens seit Anfang der 1990er-Jahre im EU-Vergleich unterdurchschnittliche Wachstums- und Arbeitsmarktentwicklung, die als ein Zeichen der „Erschöpfung“ der „Sozialen Marktwirtschaft“ interpretiert wurde.<sup>20</sup> Zunächst wurde der Globalisierungsprozess dafür verantwortlich gemacht: Die Unattraktivität des Standortes Deutschland, vorgeblich erkennbar an dem geringen Direktinvestitionszufluss nach Deutschland und dem hohen Netto-Direktinvestitionsabfluss, zeige die mangelnde Anschlussfähigkeit des deutschen „Stakeholder“-Modells an das globale „Shareholder“-Modell der multinationalen Konzerne. Die Penetranz hoher Leistungsbilanzüberschüsse und hoher Weltmarktanteile der deutschen Wirtschaft, die Erkenntnis, dass deutsche Unternehmen bei insbesondere am Markterhaltungsmotiv ausgerichteten Direktinvestitionen gar ihr „Modell Deutschland“ noch versuchten zu exportieren,<sup>21</sup> und die Einsicht, dass hohen Leistungsbilanzüberschüssen saldenmechanisch entsprechend hohe Kapitalabflüsse gegenüberstehen müssen (und deshalb nicht als Zeichen der Schwäche des Standortes interpretiert werden dürfen), ließen zwar die meisten interessenorientierten Kritiker des „Modells Deutschland“ kalt, zeigten aber schließlich doch die Unhaltbarkeit des globalisierungsbedingten Zwangs zum institutionellen Wandel.<sup>22</sup>

Deshalb konzentrierten sich die Reformbefürworter schließlich auf interne Reformgründe: Angeblich hat das „Modell Deutschland“ seine besonderen Stärken im Industrialisierungsprozess des Hochkapitalismus, stößt aber im Zuge des Tertiarisierungsprozesses zunehmend an seine Grenzen, weil die hohe qualifikatorische Lohnkomprimierung starker korporatistischer Tarifpartner jenen Dispersionsgrad nicht erlaube, den insbesondere personenbezogene, gering produktive Dienstleistungen profitabel machen. Das korporatistische Tarifvertragssystem in Verbindung mit dem Bismarck's Sozialsystem, so die Diagnose von Angebotsökonomern und kritischen Soziologen gleichermaßen,<sup>23</sup> behindert den Strukturwandel am Ende des 20. Jahrhunderts – die Hartz-Gesetzgebung, die geringfügige Beschäftigung subventioniert und den so genannten Reservationslohn deutlich senkt, ist die konsequente Antwort auf diese Krisendiagnose der „Sozialen Marktwirtschaft“. Wengleich eine allgemeine Bewertung der

Hartz-Gesetzgebung noch aussteht, dürfte heute klar sein, dass konjunktur- und demografiebereinigt und auf das Arbeitsvolumen, nicht die Anzahl der Arbeitsplätze bezogen, keinerlei Verbesserung der Beschäftigungssituation auszumachen ist, gleichzeitig aber eine deutliche Verschiebung von Arbeitsplätzen im sozialversicherungspflichtigen Normalarbeitsverhältnis zu prekären geringfügigen, Teilzeit- bzw. Zeitarbeitsplätzen auszumachen ist – bei gleichzeitiger deutlicher Zunahme der Einkommensungleichheit. Auch Vergleichsstudien mit jenen Ländern, die über temporär besser Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung verfügten, offenbarten, dass nicht mikroökonomisch motivierte Arbeitsmarktflexibilisierungen, sondern Veränderungen des makroökonomischen *Policy mix* die Grundlage für ihre relativen „Job-Wunder“ bildeten.<sup>24</sup> Und genau hier zeigte sich, dass spätestens mit der (wirtschafts-)politischen Wende nach 1982 ein wesentlicher Teil der deutschen „Sozialen Marktwirtschaft“ weggebrochen war: Die keynesianisch inspirierte Konjunktur- und Wachstumssteuerung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes wurde zugunsten eines monetaristischen Assignments aufgegeben. Strikte Preisstabilitätsorientierung der Bundesbank im Zusammenspiel mit korporatistischen Tarifparteien ermöglichten zwar einen „unterbewertungsorientierten Merkantilismus“ innerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS), verhinderten aber zusammen mit einer extrem restriktiven Finanzpolitik ein Wachstum der Binnenwirtschaft, das gleichermaßen Vollbeschäftigung und eine ausgeglichene Leistungsbilanz erlaubt hätte.<sup>25</sup> Vor allem aber ist die ökonomische und politische Legitimation und Nachhaltigkeit eines lohneinkommensbasierten Sozialsystems angesichts trendmäßig steigender Arbeitslosigkeit gefährdet – und hier schließt sich der Kreis zur fehlenden ordoliberalen Fundierung der „Sozialen Marktwirtschaft“: Alle unter den realpolitischen Umständen der 1950er- bis 1970er-Jahre entstandenen Institutionen standen zur Disposition. Das scheinbare Paradoxon, dass fast zwanzig Jahre Kohl-Regierung nicht ausreichten, um die „Soziale Marktwirtschaft“ Deutschlands entlang der Vorstellungen deren Kritiker zu reformieren, lässt sich besser verstehen, wenn man in Rechnung stellt, dass die wirtschaftliche und gesellschaftlichen Eliten, die die konservativ-liberale Kohl-Regierung vertrat, durchaus mit den ökonomischen Vorteilen des „Modells Deutschland“ vertraut waren<sup>26</sup> – allein mit dem Ergebnis einer relativ komprimierten Einkommensstruktur, vor allem im Vergleich mit der Einkommensstellung der Eliten in den sogenannten liberalen Ökonomien, zeigte sich die Meritokratie höchst unzufrieden. Die faktische Stabilisierung des „Modells Deutschland“ unter Kohl bei gleichzeitiger beständiger Kritik an wesentlichen Grundpfeilern diente also dem Zweck, die Einkommensverteilung innerhalb der Institutionen eines höchst erfolgreichen Modells der Einkommensschaffung zu verändern.<sup>27</sup> Erst als deren Komplementaritäten unüberwindlich erschienen, durften Sozialde-



mokraten in „*Nixon goes to China*“-Manier den Einstieg in den Ausstieg moderieren.<sup>28</sup>

#### 4. „Soziale Marktwirtschaft“ – *quo vadis?*

Mit Performanzzuschreibungen für Wirtschaftsordnungen muss man vorsichtig sein. Allzu häufig wird aus einem „Modell“ in kürzester Zeit ein „kranker Mann“ (und vice versa). So ist es Großbritannien („liberale Ökonomie“), Dänemark („*Flexicurity*-Modell“) oder den Niederlanden („Polder-Modell“) ergangen, so hat es aber gerade in jüngster Zeit auch Deutschland erlebt: Anfang des Jahrzehnts noch „kranker Mann Europas“ und als solcher Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Untersuchungen,<sup>29</sup> hat sich die „Soziale Marktwirtschaft“ Deutschlands im Laufe der jüngsten Weltfinanz- und Eurokrise wieder zum bewunderten Modell gemausert.<sup>30</sup> Was grundsätzlich als Verwechslung von kurzfristigen konjunkturellen mit langfristigen strukturellen Effekten erscheint, könnte im Falle Deutschlands als verspätete Genugtuung der Reformbefürworter in Richtung „Neuer Sozialer Marktwirtschaft“ interpretiert werden, wobei die negativen Ergebnisse des Reformprozesses – zunehmende Einkommensungleichheit und Armutsentwicklung – als notwendige Voraussetzung eines erfolgreichen Strukturwandels in Richtung einer modernen Dienstleistungsgesellschaft zu akzeptieren sind.

Die vorangehenden Ausführungen haben versucht, deutlich zu machen, dass diese Interpretation fehlerhaft ist. Tatsächlich hat sich die deutsche „Soziale Marktwirtschaft“, die eher sozialdemokratisch-keynesianische denn ordoliberalen Grundzüge trägt, als hinreichend „funktional-flexibel“ wie „institutionell-gesichert“ gezeigt, um im Globalisierungs- und Strukturwandelprozess gleichermaßen bestehen zu können. Die nicht ausreichende Berücksichtigung der Einkommensinteressen der deutschen Leistungselite hat dann allerdings zu dem paradoxen Ergebnis geführt, dass trotz dieser insgesamt sehr positiven Einschätzungen ein institutioneller Wandel eingeleitet wurde, der nicht nur die Einkommensungleichheit im Sinne der Meritokratie erhöht, sondern auch die Gefahr birgt, die Wertschöpfungskraft des „Modells Deutschland“ zu untergraben – dies dürfte dann der Fall sein, wenn vor allem die ausbildungs- und partizipationsseitigen Komplementaritäten berührt sind.<sup>31</sup>

Selbstverständlich hat das „Modell Deutschland“ zumindest in seiner real existierenden Form auch Schattenseiten: So fehlen Anreizkapazitäten, um geschlechtsspezifische Diskriminierungen zu reduzieren – die im internationalen Vergleich immer noch geringe Erwerbsbeteiligung von Frauen und die geringeren Karrierechancen scheinen am spezifisch deutschen Produktions- und Innovationsmodell zu liegen.<sup>32</sup> Und die Unterlas-

sung einer wachstums- und beschäftigungsorientierten Makropolitik deflationiert nicht nur die binnenwirtschaftliche Nachfrage und untergräbt damit die soziale und ökonomische Kohärenz der „Sozialen Marktwirtschaft“, sondern leistet dem „deutschen Merkantilismus“ Vorschub. Eine derartige Ausrichtung der Wirtschaftspolitik mag sich eine kleine Volkswirtschaft leisten können, die größte Ökonomie der Europäischen Union aber belastet damit die Funktionsfähigkeit eines monetären Integrationsraumes massiv und trägt mit zu den Verwerfungen bei, die wir heute „Euro-Krise“ nennen.<sup>33</sup>

Mit dem Ordoliberalismus ist vor allem der „Freiburger Imperativ“ des ordnungspolitisch garantierten freien Wettbewerbs verbunden. In der sogenannten „Bochumer Leitregel“ („Soviel Markt wie möglich, soviel Planung wie nötig“) versuchte Karl Schiller – vielleicht nicht der Vater der „Sozialen Marktwirtschaft“, wohl aber der sozialdemokratische Gestalter des „Modells Deutschland“ – eine Verbindung von keynesianischen und ordoliberalen Gedanken. Trotz einer Verrechtlichung der keynesianischen Globalsteuerung in Form des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes ist dieser Teil des spezifischen Staat-Wirtschaft-Verhältnisses in der neoliberalen Ära seit Anfang der 1980er-Jahre verloren gegangen. Für die Funktionsfähigkeit einer „Sozialen Marktwirtschaft“ bedarf es einer neuen Balance, die dem Staat eine insofern stärkere Steuerungsfunktion zuweist, als er unabhängig von partikularen Interessen in der Gesellschaft ein institutionelles Gefüge und einen makroökonomischen *Policy mix* ermöglichen muss, der die nationalen komparativen Vorteile bestmöglich nutzt.

## Anmerkungen

\* Hierbei handelt es sich um die schriftliche Fassung eines Referates, das anlässlich der Tagung „Wirtschaftsdemokratie in Korea und Deutschland“, veranstaltet am 5.10.2012 von der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Koreanisch-Deutschen Gesellschaft für Wirtschaftswissenschaften und dem Korea Institute for International Economic Policy, und der Tagung „Positionen der Wirtschaftsdemokratie: Progressive Konzepte und Ansätze in Korea und Deutschland“, veranstaltet am 8.10.2012 von der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Welfare State Society in Seoul, gehalten wurde.

<sup>1</sup> Vgl. z. B. Giersch/Paqué/Schmieding (1993), Kerber/Hartig (1999), Zweynert (2008).

<sup>2</sup> Vgl. z. B. Lindlar (1995).

<sup>3</sup> Vgl. Streeck (1997).

<sup>4</sup> Die Literatur zur „Sozialen Marktwirtschaft“ ist unermesslich groß und wird fortwährend erweitert (vgl. Starbatty 1997) – es kann hier nicht darum gehen, dieser Literatur gerecht werden zu wollen.

<sup>5</sup> Vgl. hierzu Ebner (2006); Ptak (2009).

<sup>6</sup> Vgl. Hengsbach (2004).

<sup>7</sup> Wünsche (1993: 53; Kursivsetzung im Original) schreibt dazu: „Da für Erhard *Soziale Marktwirtschaft* ein politisches Programm war, hat er darauf bestanden, daß *Soziale Marktwirtschaft* groß geschrieben wird. Sozial als Eigenschaft der Marktwirtschaft müßte hingegen klein geschrieben werden.“

- <sup>8</sup> Vgl. Ptak (2004) 265ff.
- <sup>9</sup> „Stark“ bezieht sich hier ausdrücklich nicht auf die prozesspolitische Interventionsfähigkeit des Staates, sondern auf die Durchsetzungsfähigkeit ordnungspolitischer Vorgaben gegen Einzelinteressen – auch und gerade, wenn diese durch demokratische Mehrheitsbeschlüsse legitimiert wären. Hierin, im Festhalten an einem starken (autoritären?) Staat, scheint die wesentlichere Differenz zum Neoliberalismus zu bestehen als in der sozialen Ausprägung.
- <sup>10</sup> Vgl. Witt (2002) 367. Diese Unklarheit oder Unschärfe wird gelegentlich als Stärke des Ansatzes bezeichnet, weil sich dadurch evolutionäre Anpassungen an sich verändernde Bedingungen gewährleisten ließen (vgl. Thieme [2012] 155) – jede Schwäche kann offenbar auch als Stärke interpretiert werden.
- <sup>11</sup> Vgl. Rawls 1971.
- <sup>12</sup> Vgl. z. B. Hartmann (2002) 165ff.
- <sup>13</sup> Vgl. Nozick (2006) und Hayek (1943).
- <sup>14</sup> Dies gilt zumindest dann konsequent, wenn man – wie der Ordoliberalismus – von der (Pareto-)Effizienz marktlicher Koordinierung ausgeht.
- <sup>15</sup> Aus eben diesem Grunde hat Hayek das Adjektiv „sozial“ in Zusammenhang mit einer liberal definierten Marktwirtschaft immer vehement abgelehnt; vgl. Hayek (1957); Hayek (1979); Ludwig-Erhard-Stiftung (1993).
- <sup>16</sup> Vgl. u. a. Hall/Soskice (2001), Coates (2000), Hancké/Rhodes/Thatcher (2007), Hancké (2009).
- <sup>17</sup> „Modell Deutschland“ ist auch eine Begriffskategorie des 1976er Bundestagswahlkampfes der SPD – was vielleicht zeigt, dass die real existierende „Soziale Marktwirtschaft“ eher sozialdemokratische als ordoliberaler Einflüsse hat.
- <sup>18</sup> Vgl. Olson (1982).
- <sup>19</sup> Vgl. Heise (1999); Welzel/Vehrkamp (2008) 90.
- <sup>20</sup> Streeck (1997).
- <sup>21</sup> Vgl. Tüselmann et al. 2007.
- <sup>22</sup> Gleichwohl lassen sich Reformansätze insbesondere des *Corporate Governance*-Systems in Richtung *Shareholder*-Modell nicht bestreiten (Höpner 2001, Vitols 2001).
- <sup>23</sup> Vgl. z. B. Paqué (1995), Streeck (2009).
- <sup>24</sup> Vgl. Heise (1999), Schettkat (1999).
- <sup>25</sup> Zu einer ähnlichen Einschätzung der Bedeutung der Makropolitik im Verhältnis zur angebotsorientierten Mikropolitik kommen Carlin/Soskice (2009).
- <sup>26</sup> Vgl. Thelen (2000).
- <sup>27</sup> Vgl. Heise (2003).
- <sup>28</sup> Tatsächlich versuchte Kanzler Schröder zunächst mittels längst vergessenem „Bündnis für Arbeit“ die Reform nur zu moderieren – als dies nicht die gewünschten Erfolge brachte, wurde aus dem Moderator Schröder der „Basta-Kanzler“ Schröder, der schließlich 2005 abgewählt wurde (für eine politökonomische Analyse der Schröder-Kanzlerschaft vgl. Heise 2012).
- <sup>29</sup> Vgl. u. a. Emptner/Vehrkamp (2008), Heise (2008), Eichhorst/Profit/Thode (2001).
- <sup>30</sup> Für eine kritische Einschätzung s. Lehndorff (2012).
- <sup>31</sup> Vgl. Carlin/Soskice (2009) 72.
- <sup>32</sup> Vgl. Soskice (1997).
- <sup>33</sup> Vgl. z. B. Joebges/Logeay (2012).

## Literatur

- Albert, M., *Kapitalismus versus Kapitalismus* (Frankfurt 1991).
- Carlin, W.; Soskice, D., German economic performance: Disentangling the role of supply-side reforms, macroeconomic policy and coordinated economy institutions; in: *Socio-Economic Review* 7 (2009) 67-99.
- Coates, D., *Models of Capitalism. Growth and Stagnation in the Modern Era* (Cambridge 2000).
- Ebner, A.; The intellectual foundations of the social market economy. Theory, policy, and implications for European integration, in: *Journal of Economic Studies* 33/3 (2006) 206-223.
- Eichhorst, W.; Profit, S.; Thode, E., *Benchmarking Deutschland: Arbeitsmarkt und Beschäftigung* (Berlin 2001).
- Empter, S.; Vehrkamp, R. (Hrsg.), *Wirtschaftsstandort Deutschland* (Wiesbaden 2008).
- Giersch, H.; Paque, K.-H.; Schmieding, H., Openness, Wage Restraint, and Macroeconomic Stability: West Germany's Road to Prosperity, in: Dornbusch, R.; Noelling, W.; Layard, R. (Hrsg.), *Postwar Economic Reconstruction and Lessons for the East Today* (Cambridge, MA, 1993) 1-27.
- Hall, P.; Soskice, D. (Hrsg.), *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage* (Oxford 2001).
- Hancké, B. (Hrsg.), *Debating Varieties of Capitalism. A Reader* (Oxford 2009).
- Hancké, B.; Rhodes, M.; Thatcher, M. (Hrsg.), *Beyond Varieties of Capitalism: Conflict, Contradictions and Complementarities in the European Economy* (Oxford 2007).
- Hartmann, M., *Der Mythos von den Leistungseliten* (Frankfurt 2002).
- Hayek, F. A., *Weg zur Knechtschaft* (Zürich 1943).
- Hayek, F. A., Was ist und was heißt sozial?, in: Hunold, A. (Hrsg.), *Masse und Demokratie*, Zürich (1957) 71-84.
- Hayek, F. A., *Wissenschaft und Sozialismus (= Vorträge und Aufsätze des Walter-Eucken-Instituts, Heft 71, Tübingen 1979)*.
- Heise, A., *Grenzen der Deregulierung. Institutioneller und struktureller Wandel in Großbritannien und Deutschland* (Berlin 1999).
- Heise, A., *Dreiste Elite. Zur politischen Ökonomie der Modernisierung* (Hamburg 2003).
- Heise, A., *Economic Governance and Employment. Policy, Polity and Politics of Economic Rise and Decline* (Münster 2008).
- Heise, A., *Das Ende der SPD ... und ihr Neuanfang* (Münster 2012).
- Hengsbach, F., Soziale Marktwirtschaft: Konstrukt, Kampfformel, Leitbild?, in: Goldschmidt, N.; Wohlgemuth, M. (Hrsg.), *Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft. Sozialethische und ordnungsökonomische Grundlagen* (Tübingen 2004) 164-174.
- Höpner, M., *Corporate Governance in Transition: Ten Empirical Findings on Shareholder Value and Industrial Relations in Germany (= MPIfG Discussion Paper 01/5, Köln 2001)*.
- Joebges, H.; Logeay, C., Deutschlands Anteil am Stabilitätsproblem im Euroraum; in: Sauer, T. (Hrsg.), *Die Zukunft der Europäischen Währungsunion: Kritische Analysen* (Marburg 2012) 69-90.
- Kerber, W.; Hartig, S., The Rise and Fall of the German Miracle, in: *Critical Review* 13 (1999) 337-358.
- Lehndorff, St., Der deutsche Kapitalismus in der europäischen Krise: Ein skeptischer Blick von links; in: Sauer, T. (Hrsg.), *Die Zukunft der Europäischen Währungsunion: Kritische Analysen* (Marburg 2012) 91-118.
- Lindlar, L., *Das missverstandene Wirtschaftswunder. Westdeutschland und die westeuropäische Nachkriegsprosperität* (Tübingen 1995).
- Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.), *Adjektivlose oder Soziale Marktwirtschaft?* (Bonn 1993).

- Nozick, R., *Anarchie, Staat, Utopia* (München 2006).
- Olson, M., *The Rise and Decline of Nations* (New Haven 1982).
- Paqué, K.H., Arbeitslosigkeit und sektoraler Strukturwandel: Eine Interpretation von vier Dekaden westdeutscher Arbeitsmarktgeschichte, in: *List Forum* 21/2 (1995) 167-193.
- Ptak, R., *Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland* (Opladen 2004).
- Ptak, R., Neoliberalism in Germany. Revisiting the Ordoliberal Foundation of the Social Market Economy, in: Mirowski, P.; Plehwe, D. (Hrsg.), *Road from Mont Pelerin: The Making of the Neoliberal Thought Collective* (Cambridge, MA, 2009) 98-137.
- Rawls, J., *A Theory of Justice* (Cambridge 1971).
- Schettkat, R., Small Economy Macroeconomics. The Economic Success of Ireland, Denmark, Austria and the Netherlands Compared, in: *Intereconomics* 34 (1999) 159-170.
- Soskice, D., Stakeholding yes; the German model no; in: Kelly, G.; Kelly, D.; Gamble, A. (Hrsg.), *Stakeholding Capitalism* (London 1997) 219-225.
- Starbatty, J., Soziale Marktwirtschaft als Forschungsgegenstand: ein Literaturbericht; in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.), *Soziale Marktwirtschaft als historische Weichenstellung* (Bonn 1997) 63-98.
- Streeck, W., The German Economic Model: Does it Exist? Can it Survive?, in: *New Political Economy* 2 (1997) 237-256.
- Streeck, W., *Re-Forming Capitalism: The Liberalization of the German Political Economy* (Oxford 2009).
- Thelen, K., Why German Employers Cannot Bring Themselves to Dismantle the German Model; in: Iversen, T.; Pontusson, J.; Soskice, D. (Hrsg.), *Unions, Employers, and Central Banks: Macroeconomic Coordination and Institutional Change in Social Market Economies* (Cambridge 2000) 138-169.
- Thieme, S., Soziale Marktwirtschaft 2.0 – eine Replik; in: *WSI-Mitteilungen* 2 (2012) 154f.
- Tüselmann, H.; et al. *Employee Relations in Foreign-Owned Subsidiaries* (Houndsmill 2007).
- Vitols, S., Varieties of Corporate Governance: Comparing Germany and the UK, in: Hall, Soskice (2001) 337-360.
- Welzel, C.; Vehrkamp, R., Social Market Economy 2.0 – An appraisal in the Light of Current Reforms; in: Küsel, C. (Hrsg.), *The social and ecological market economy: a model for Asian development?* (Eschborn 2008) 83-105.
- Witt, U., Germany's 'Social Market Economy'. Between Social Ethos and Rent Seeking, in: *The Independent Review* 6/3 (2002) 365-375.
- Wünsche, H.F., Ludwig Erhards Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft; in: Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.), *Adjektivlose oder Soziale Marktwirtschaft?* (Bonn 1993) 45-54.
- Zweynert, J., Die Soziale Marktwirtschaft als politische Integrationsformel; in: *Wirtschaftsdienst* 5 (2008) 334-337.

## Zusammenfassung

Nur wenige Nationalökonomien sind mit eindeutigen begrifflichen Zuschreibungen versehen. Die bundesdeutsche Volkswirtschaft aber ist weltweit als „Soziale Marktwirtschaft“ bekannt, und gemeinhin wird diese Wirtschaftsordnung als Grundstein des wirtschaftlichen Erfolges der Bundesrepublik angesehen. Obwohl die „Wirtschaftswunderjahre“ vor dem Hintergrund des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg als ziemlich normale Rekonstruktionsentwicklung durchaus relativiert werden können, lässt sich tatsächlich ernsthaft diskutieren, ob eine bestimmte Wirtschaftsverfassung die Bundesrepublik zu einem „Modell“ gemacht hat, das als hoch produktiv, international extrem

wettbewerbsfähig („Exportweltmeister Deutschland“) und auch sehr widerstandsfähig angesehen werden kann. In diesem Beitrag werden die institutionellen Bestandteile dieses „Modells Deutschland“ zusammenzutragen und danach gefragt, ob sie tatsächlich wissenschaftlich in einem Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ verankert werden können. Außerdem wird untersucht, ob einerseits dieses „Modell Deutschland“ auch unter den sogenannten „Globalisierungsbedingungen“ noch zukunftsfähig ist, und schließlich werden andererseits auch potenzielle (negative) Nebeneffekte aufgezeigt.

**„Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen  
der Arbeiterkammer Wien“  
Reihe Band 15**

**Ausgliederungen aus dem öffentlichen  
Bereich – Versuch einer Bilanz**

**Christa Schlager (Hrsg.)**

Christa Schlager  
Vorwort

Katharina Mader  
Ausgliederung aus dem Bundeshaushalt, neuer Stand und vertiefende  
Evaluierungen

Hannes Hofer  
Gedanken zu Ausgliederungen aus der Sicht der BBG bzw. Stellungnahme  
zur Studie

Andreas Pölzl  
Thesen und Lösungsansätze zur Steuerung öffentlicher Aufgaben unter  
besonderer Berücksichtigung des Beteiligungsmanagements

Ulrike Mandl und Thomas Obermayr  
Erfahrungen und Perspektiven hinsichtlich Ausgliederungen aus Sicht des  
Rechnungshofes

Heinz Leitsmüller und Bruno Rossmann  
Ausgliederungen aus dem öffentlichen Haushalten – Versuch eines Resü-  
mees

Wien 2010, 178 Seiten, € 24,–.

Bestellungen bei:  
LexisNexis Verlag ARD Orac,  
A-1030 Wien, Marxergasse 25  
Tel. 01/534 52-0, Fax 01/534 52-140,  
e-mail: [verlag@lexisnexus.at](mailto:verlag@lexisnexus.at)